

Protokoll:	Jugendhilfeausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	22
		TOP:	4
	Verhandlung	Drucksache:	902/2020
		GZ:	JB
Sitzungstermin:	08.02.2021		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BMin Fezer		
Berichterstattung:	-		
Protokollführung:	Frau Kappallo / pö		
Betreff:	Bundesprogramm "Kita-Einstieg" / Weiterführung der Spielstuben		

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Jugend und Bildung vom 02.02.2021, GRDRs 902/2020, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Der Fortsetzung des Bundesprogramms "Kita-Einstieg" bis 31.12.2022 wird zugestimmt.
2. Die bis 31.12.2021 befristeten Ermächtigungen zur Beschäftigung von Personal im Umfang von drei 0,5 Vollzeitkraftstellen (VZK) in Entgeltgruppe S 8b SuE sowie 0,5 VZK in S 15 SuE werden bis 31.12.2022 verlängert.

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigefügt.

Mit der Vorlage werde die befristete Finanzierung des Bundesprogramms "Kita-Einstieg" / Weiterführung der Spielstuben bis 31.12.2022 verlängert, berichtet die Vorsitzende. Die bereits zu den Stellenplanberatungen 2020/2021 bis 31.12.2021 beschlossene Ermächtigung zur Beschäftigung von Personal könnte deshalb um ein Jahr bis 31.12.2022 sichergestellt werden. Die weitere Finanzierung über das Jahr 2022 hinaus sei nicht gesichert. Hier müssen in den Haushaltsplanberatungen 2022/2023 zur Absicherung des Angebots kommunale Mittel bereitgestellt werden. Die bereitgestellten Bundesmittel reichen aktuell nicht aus, um die beim Haus der Familie wegfallenden

Drittmittel zu kompensieren, verdeutlicht die Vorsitzende. In diesem Zusammenhang weist sie auf die noch ausstehende Beantwortung des Antrags Nr. 489/2020 der Fraktionen von CDU, 90/GRÜNE, SPD und FDP hin, die Sprachförderung in Kindertageseinrichtungen bei freien Trägern mit den durch das Bundesprogramm "Sprach-Kitas" freigewordenen städtischen Mitteln zu finanzieren. Wie mit GRDRs 808/2020 dargestellt, werden 578.600 € kommunale Mittel frei. Die Verwaltung habe die Möglichkeiten eines sinnvollen und zielgerichteten Einsatzes der befristet freiwerdenden Mittel für die Sprachförderung freier Träger geprüft und sei zu dem Schluss gekommen, dass es einer grundlegenden Überarbeitung der städtischen Sprachförderung bedarf, die allerdings noch einige Zeit in Anspruch nehmen werde. Während der Überarbeitung der kommunalen Fördersystematik sehe die Verwaltung eine zweijährige Aufstockung mit den befristet zur Verfügung gestellten Mitteln eher als nicht sinnvoll an.

Die Verwaltung schlage vor, die freien Mittel für eine Sprachförderung im weiteren Sinne, nämlich für den befristeten Ausbau von Spielstuben, einzusetzen. Die Mittelverwendung komme insofern der Sprachförderung zugute. Sie hoffe, dem Willen der Antragsteller*innen, nämlich die zielgerichtete und zweckentsprechende Mittelverwendung sicherzustellen, mit dem Vorschlag zu entsprechen.

Wenn sie heute ein entsprechendes Signal erhalte, so die Vorsitzende, werde eine Beschlussvorlage zum weiteren, zunächst befristeten Ausbau der Spielstuben zum nächsten Jugendhilfeausschuss vorbereitet. Die Verwaltung hatte sich vorgestellt, dass ein weiterer Ausbau der Spielstuben vorgeschlagen werden könne, was aber angesichts der Haushaltslage aufgrund der fehlenden Mitzeichnung nicht gelungen sei.

StR Lazaridis (90/GRÜNE) ist froh, dass das Bundesprogramm "Kita-Einstieg: Brücken bauen in frühe Bildung" fortgesetzt wird. Dieses Programm sei wichtig für Kinder in Fluchtunterkünften. Allerdings, so der Stadtrat, würde die Summe von 138.000 € demnach dem Haushalt zugutekommen und nicht den Spielstuben, wie geplant gewesen sei. Er erhebt zum Antrag, dass die Summe von 138.000 € in ein erweitertes Konzept der Spielstuben eingesetzt wird. Darüber hinaus erteilt er der Verwaltung den Auftrag, ein Konzept zu erstellen, wie die Vorsitzende eingeführt habe, allerdings mit der Ergänzung um ein erweitertes Konzept für Spielstuben. Zur Klarstellung äußert die Vorsitzende, die Verwaltung halte die Spielstuben für ein sehr wichtiges Angebot - auch über Corona-Zeiten hinaus.

StRin Ripsam (CDU) beantragt, die Vorlage zurückzustellen, da sie sich fraktionsintern beraten möchte. Sie sehe gemäß dem gemeinsamen Antrag Nr. 489/2020 eine Verwendung der finanziellen Mittel in der Sprachförderung in den Kitas der freien Träger. Frau Dr. Heynen (JugA) erörtert, rund 286.000 €, die nicht für die Sprachförderung des städtischen Trägers abgerufen worden sind, seien befristete Mittel. Es könne sein, dass dieser Betrag nach zwei Jahren wieder benötigt werde. Daher sei es nur begrenzt sinnvoll, aktuell die Sprachförderung aufzustocken. Außerdem sei die städtische Sprachförderung an sich verbesserungswürdig, verdeutlicht sie. StRin Ripsam konstatiert, die Verwaltung sehe zum jetzigen Zeitpunkt keine Notwendigkeit, in die Sprachförderung der freien Träger einzusteigen. BMin Fezer ergänzt, heute könne keine Perspektive für eine dauerhafte Sprachförderung eröffnet werden. Wenn die Kommune aktuell in eine verstärkte Sprachförderung einsteigen würde, könne aus Sicht der Verwaltung keine Zusage über zwei Jahre hinaus getroffen werden.

StR Pantisano (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) schließt sich den Äußerungen von StR Lazaridis an und weist darauf hin, dass die Vorlage heute vorberaten und nicht beschlossen werde.

Die Bedeutung der Spielstuben sieht StRin Meergans (SPD) im Rahmen der Kindertagesbetreuung und dem damit zusammenhängenden Versorgungsgrad als wichtig an. Sie habe sich gewundert, so die Stadträtin, dass die Spielstube in Bad Cannstatt, die das Haus der Familie betreibt, geschlossen werde. StRin Meergans beantragt, das bestehende Angebot des Hauses der Familie in Bad Cannstatt mit den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln weiterzuführen. BMin Fezer schlägt vor, die Vorlage in den Verwaltungsausschuss zu verweisen. StRin Meergans konkretisiert ihr Anliegen und bittet die Verwaltung, bis zum VA einen Vorschlag zur Weiterförderung der Spielstube im Haus der Familie vorzulegen. Die Vorsitzende sagt zu, einen entsprechenden Vorschlag zu unterbreiten.

Zur Sprachförderung sei es schwierig sich zu äußern, bemerkt Herr Schulze-Grone-meyer, da Stellenanteile hierfür erforderlich seien. Die Weiterführung der Spielstuben sehe er gleichwohl als absolut notwendig an. Er rät dazu, die Sprachförderung separat zu betrachten. Zur Verdeutlichung erörtert die Vorsitzende, im Hinblick darauf, dass eine Neukonzeption in der Sprachförderung benötigt werde, schlage die Verwaltung vor, einen Teil der finanziellen Mittel für den Ausbau der Spielstuben zu verwenden. Aus finanzieller Sicht der LHS handle es sich um einen Ausbau, faktisch sei es kein Ausbau, sondern laufe auf die Streichung eines Spielstubenangebots hinaus, das bislang auf Drittmittel angewiesen gewesen sei. Aus fachlicher Sicht könne diese Vorgehensweise nicht verantwortet werden. Der Vorschlag der Verwaltung beinhalte die Darstellung einer Finanzierung, wobei darüber hinaus ein schlüssiges Konzept in der Sprachförderung fehle. Rechtzeitig vor der Sitzung des VA werde eine schriftliche Darstellung gemäß dem mündlichen Antrag von StRin Meergans vorgelegt, so die Vorsitzende.

"Sprachförderung gegen Spielstuben aufzurechnen", so Herr Arpad, sehe er kritisch. Integrationspolitisch stellen die Spielstuben einen wichtigen Ansatz für geflüchtete Familien dar. Herr Arpad erkundigt sich, wie viele Kinder unter 6 Jahren ein Spielstubenangebot wahrnehmen. Den Ausbau sowie den Erhalt der Spielstube im Haus der Familie in Bad Cannstatt sieht er als dringend notwendig an.

Bekräftigend meint StR Lazaridis, er wolle heute keine Entscheidung treffen, allerdings der Verwaltung den Auftrag einer Darstellung mitgeben, wie sie von StRin Meergans gefordert worden ist. Die Sprachförderung sollte auf eine solide finanzielle Grundlage gestellt und aktuell die Weiterführung der Spielstuben in den Fokus genommen werden.

BMin Fezer stellt Vorberatung fest.

Zur Beurkundung

Kappallo / pö

Verteiler:

- I. Referat JB
zur Weiterbehandlung
Jugendamt (28)
weg. VA, GR

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. OB-ICG
 3. OB-KB
 4. Referat AKR
Haupt- und Personalamt
 5. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
 6. Referat SI
Sozialamt (2)
SI-IP
 7. BezÄ Ca, Mö, Si, Zu
 8. GPR (2)
 9. Rechnungsprüfungsamt
 10. L/OB-K
 11. Hauptaktei

- III.
 1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 2. CDU-Fraktion
 3. Fraktionsgemeinschaft Die FRAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 4. SPD-Fraktion
 5. FDP-Fraktion
 6. Fraktion FW
 7. AfD-Fraktion
 8. Fraktionsgemeinschaft PULS